



Berlin aktuell



Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche

Die politische Lage in Deutschland
Siebzig Jahre Vereinte Nationen
Die größte Herausforderung in Nachkriegsdeutschland

Siebzig Jahre Vereinte Nationen sind ein Grund zur Freude und zum Feiern. Seit ihrer Gründung bemühen sich die Vereinten Nationen um Frieden und ein besseres Zusammenleben auf unserem Planeten. Dabei werden sie in den Medien – ähnlich wie leider auch die Europäische Union – zumeist nur dann erwähnt, wenn es Defizite gibt. Fast überall dort, wo es auf unserer Erde nicht rund läuft, finden wir die Vereinten Nationen. Sei es bei Friedensprozessen, in Flüchtlingslagern oder bei der Bekämpfung von Hungersnöten. Es wäre daher einmal an der Zeit, die Menschenleben, die durch den Einsatz der Vereinten Nationen gerettet wurden, zu erfassen und zu würdigen. Außerdem helfen die Vereinten Nationen beim Schutz von Kulturgütern und beim Kampf gegen den Klimawandel. Ebenso sind sie das einzige Gremium, in dem Diplomaten und Politiker aus der ganzen Welt miteinander sprechen können.

Die aktuelle Flüchtlingskrise rückt die Notwendigkeit von Entwicklung in weiten Teilen Afrikas und Asiens besonders in den Fokus der Vereinten Nationen. Stabile Staaten, die ihren Bürgern ein Leben in bescheidenem Wohlstand mit Chancen auf faire Teilhabe an Bildung und Gesundheitsvorsorge bieten, sind der beste Garant dafür, große Wanderungsbewegungen mittel- bis langfristig zu reduzieren. Hieran arbeiten die Vereinten Nationen und ihre Mitglieder, die sich hierzu gerade auf der Vollversammlung neue Nachhaltigkeitsziele bis zum Jahre 2030 gegeben haben. Für Frieden, Sicherheit und menschlichen Fortschritt werden die Vereinten Nationen auch in den kommenden Jahrzehnten

unentbehrlicher Partner bleiben. Eine bessere Welt können wir nur gemeinsam mit den Vereinten Nationen schaffen.

Ohne Frage ist das, was sich vor unseren Augen vollzieht – die Flüchtlingsbewegung in unser Land, etwas, das sich noch vor kurzem nur wenige vorstellen konnten. Wir haben sie uns nicht gewünscht, aber nun ist sie eine Tatsache. Die Not der Kommunen, der Landkreise und Städte, ist uns allen bewusst. Es macht keinen Sinn, als Politiker die Probleme nur zu beklagen. Es ist unsere Aufgabe und die Stärke der Union, sich diesen Problemen nüchtern und bestimmt zu widmen – und sie zu lösen. Daran arbeiten alle Verantwortlichen – die Bundeskanzlerin vorneweg – mit Hochdruck. Die Bürger erwarten gerade von uns als CDU, dass wir die Dinge bis zu Ende denken, Lösungsansätze intern besprechen und dann gute Lösungen präsentieren und auch durchsetzen.

In dieser Woche haben wir mit dem Asylpaket einen wichtigen Schritt in diesem Sinne beschlossen. Vor einigen Monaten wäre es nicht möglich gewesen, eine solche umfassende Reform des Asylrechts im Konsens mit den Ländern und mit der SPD zu realisieren. Der Bund wird die Länder milliardenschwer entlasten und die Kosten für Asylbewerber in Höhe einer Pauschale von 670 Euro pro Monat übernehmen. Um Fehlanreize bei Menschen ohne Bleibeperspektive zu vermeiden, wird der persönliche Bedarf, der bislang mit dem "Taschengeld" abgedeckt wurde, künftig möglichst in Sachleistungen gewährt. Dies gilt für den gesamten Zeitraum, den die Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen verbringen. Außerdem ist eine drastische Be-

schleunigung der durchschnittlichen Verfahrensdauer von zurzeit rund fünf Monaten angestrebt.

Auch über das Gesetzespaket hinaus arbeiten wir an einer Ordnung und Beruhigung der Lage. Allein in Deutschland geht das aber nicht! Wir brauchen Europa und die Türkei. Wir sind bestürzt und trauern gemeinsam mit dem türkischen Volk um die Opfer des entsetzlichen Terroranschlages in Ankara. Hierzu sprechen wir den Angehörigen der Opfer unser Beileid aus. Wieder hat der Terrorismus sein entsetzliches Gesicht gezeigt und in großer Zahl Menschen getötet und schwer verletzt, die sich für Gewaltlosigkeit und friedliches Zusammenleben eingesetzt haben. Alle Kräfte in der Türkei, die ein friedliches Zusammenleben wollen, sind jetzt aufgefordert, zusammenzustehen und einer weiteren Eskalation der Gewaltspirale entgegenzuwirken. Besonders wichtig ist es jetzt, dass in der Türkei am 1. November eine freie, geheime und gleiche Parlamentswahl stattfindet, in deren Folge eine Regierung gebildet werden kann.

Wie schon zu Zeiten des Bürgerkrieges in Jugoslawien, als Deutschland hunderttausende Flüchtlinge vorübergehend aufnahm, so ist unser Land auch heute ein Zufluchtsort. Wie vor 20 Jahren liegt der Grund der Flucht außerhalb unseres Landes und unserer Entscheidung. Wie vor 20 Jahren liegt es an uns, mit Augenmaß auf diese Entwicklung zu reagieren mit dem Ziel, den Zuzug zu reduzieren.

Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht. Nun sind die Länder am Zug innerhalb ihrer Zuständigkeiten zu handeln. Die Niedersächsische Landesregierung hat sich allzu lange mit Forderungen an den Bund aufgehalten statt ihrer eigenen Verantwortung nachzukommen. Zunächst geht es um die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf Kosovo, Albanien und Montenegro. Eine erneute Enthaltung Niedersachsens im Bundesrat bei dieser Frage, wie schon im Herbst 2014, wäre eine Blamage für die niedersächsische SPD. Auch bei der sofortigen Registrierung und Untersuchung in den Erstaufnahmen des Landes gilt es für Rot-Grün Farbe zu

bekennen. Es geht nicht an, dass niemand weiß, wie viele und welche Menschen sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen aufhalten. Es ist unverantwortlich, dass Asylbewerber mit Infektionskrankheiten vom Land ohne Gesundheitsprüfung an die Kommunen verteilt würden.

Vor allem aber muss Niedersachsen jetzt eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber sicherstellen. In Niedersachsen waren im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Juli 2015 18.214 Menschen ausreisepflichtig. Rückgeführt wurden im selben Zeitraum aber gerade 415 Personen. Im Jahr 2014 konnten 1.727 geplante Abschiebungen nicht durchgeführt werden, darunter 554, weil die Betroffenen nicht mehr auffindbar waren. Der Rückführungserlass, des Landesinnenministers, mit dem Abschiebungen teils mehrfach angekündigt werden mussten, ist inzwischen zwar kassiert worden, nun muss der Niedersächsische Innenminister aber auch zeigen, dass er nicht nur Forderungen gegen andere erheben, sondern auch selbst handeln kann.

Die Woche im Parlament

Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen – 70 Jahre Vereinte Nationen. Bereits am Mittwoch würdigten wir in unserem Entschließungsantrag „70 Jahre Vereinte Nationen – Legitimität und Gestaltungskraft durch Reformen stärken“ die Vereinten Nationen als weltumspannendes Gremium, dessen Gründung vor 70 Jahren zu den großen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte gehört.

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 15./16. Oktober 2015 in Brüssel. Das Plenum am Donnerstag begann mit der Debatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, die das Parlament über das bevorstehende Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel informierte. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Umsetzung der Beschlüsse des letzten Sondertreffens vom 23. September 2015 zum Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik. Insbesondere die Nachbarstaaten Syriens, die bislang die

größte Last bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise tragen mussten, sollen unterstützt und die Einrichtung von Registrierungscentren (sogenannter „hot-spots“) in den Ländern des westlichen Balkans und den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen forciert werden. Darüber hinaus sollen auch der 5-Präsidenten-Bericht zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die britischen Verhandlungsforderungen gegenüber der EU vor dem geplanten Referendum über die Mitgliedschaft Ende 2017 zur Sprache kommen.

Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz.

Mit dem Maßnahmenpaket, das wir 2./3. Lesung beschlossen haben, reagieren wir auf die aktuelle Flüchtlingssituation in Deutschland. Neben der Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um drei weitere Balkanstaaten sollen Maßnahmen getroffen werden, mit denen Fehlanreize vermieden, Verfahren beschleunigt und Unterbringung und Versorgung verbessert werden können. Gleichzeitig öffnen wir Asylbewerbern mit guten Bleibeperspektiven den Weg zu einer gelungenen Integration in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt und entlasten die Länder und Kommunen bei den Kosten für Asylbewerber, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei der Kinderbetreuung.

Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in 2./3. Lesung beschlossen haben, verbessern wir die Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf Basis der VN-Kinderrechtskonvention und setzen somit eine Vereinbarung aus unserem Koalitionsvertrag um. Wir verankern eine bundesweite Aufnahmepflicht der Länder, die am Kindeswohl und dem besonderen Schutzbedürfnis von Minderjährigen ausgerichtet ist. Da es bisher keine bundesweite Verteilung gibt, sind einzelne Länder wie etwa Bayern besonders belastet. Darüber hinaus nehmen wir Verbesserungen zur Datenlage zu unbegleiteten ausländischen Minderjährigen vor.

Die maritime Wirtschaft stärken und ihre Bedeutung für Deutschland hervorheben.

Im Antrag, den wir anlässlich der 9. Nationalen Maritimen Konferenz am 19. und 20. Oktober 2015 in Bremerhaven einbringen, würdigen wir die umfangreichen Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich maritime Wirtschaft und fordern sie auf, diesen Kurs fortzuführen. Gleichzeitig weisen wir auf neue Perspektiven zur Schwerpunktsetzung – etwa im Bereich Umweltschutz in der Seeschifffahrt – hin, um auch zukünftig eine leistungsstarke, international wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft zu gewährleisten.

Vierter Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland.

Der Bericht der Bundesregierung zeigt, dass die maritime Wirtschaft eine Zukunfts- und Wachstumsbranche bleibt. Energie- wende, Klima- und Umweltschutz, Rohstoffversorgung – in diesen zentralen Zukunftsfeldern ist die maritime Wirtschaft aktiv. Seeschifffahrt, Häfen, Schiffbau und Schiffbauzulieferindustrie, die Meerestechnik, die Offshore-Windenergie sowie maritime Forschung und Entwicklung gehören deshalb weiterhin zu den Kernbereichen nationaler maritimer Politik und bedürfen – insbesondere vor dem Hintergrund der leichteren Krisenanfälligkeit – zu Recht besonderer Aufmerksamkeit.

Auslaufen der Milchquote – Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhalter sichern.

Wir haben die Beschlussempfehlung und den Bericht des Agrarausschusses zu unserem Antrag beraten, der den Ausstieg aus dem europäischen Milchquotensystem als konsequente Fortsetzung einer Politik hin zu einer am Markt ausgerichteten selbstverantwortlichen und wettbewerbsfähigen Milchwirtschaft begrüßt. Diese Politik ermöglicht unternehmerische Entscheidungsfreiheit und bietet durch die weltweit steigende Nachfrage nach Milchprodukten große Chancen für die qualitativ hochwertigen Produkte der deutschen Milchwirtschaft. Gleichzeitig sehen wir die damit einhergehende Herausforderung stark schwankender Milchpreise für einzelne Milchviehhalter. Wir fordern die

Bundesregierung daher auf, an ihrem Kurs festzuhalten, die Halter mit geeigneten Maßnahmen bei der Anpassung an die neuen Marktbedingungen zu unterstützen.

Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts. In 2./3. Lesung haben wir verschiedene Änderungen auf dem Gebiet des Unterhaltsrechts, des Unterhaltsverfahrensrechts sowie beim elektronischen Schutzschriftenregister beschlossen. Die regelmäßig erforderliche Anpassung des Mindestunterhalts erfolgt künftig auf Grundlage des sächlichen Existenzminimums. Das vereinfachte Unterhaltsverfahren gestalten wir anwenderfreundlicher aus und führen eine gesetzliche Gebührenregelung für die Einreichung einer Schutzschrift zum elektronischen Schutzschriftenregister ein.

Erstes Gesetz zur Änderung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes. Mit dem Gesetz, das wir in 2. und 3. Lesung beschließen, wird ein sogenanntes „nationales Energieeffizienzlabel für Heizungsanlagen“ eingeführt. Ziel ist es, die Verbraucher durch mehr Transparenz beim Energieverbrauch zum Austausch alter Heizgeräte zu motivieren. Das Aufbringen der neuen Etikette durch Heizungsinstallateure, Schornsteinfeger und bestimmte Energieberater ist dabei für den betreffenden Verbraucher kostenlos. Parallel dazu setzen wir den Turnuswechsel für den Netzentwicklungsplan Strom und Gas auf zwei Jahre fest.

Gesetz zur Änderung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 7. November 2013 in der Rechtssache C-72/12. In 2./3. Lesung haben wir eine Übergangsregelung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes aufgehoben, die der Europäische Gerichtshof für unvereinbar mit der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie der EU erklärt hat und kommen somit unseren europarechtlichen Verpflichtungen nach.

Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes. In 2./3. Lesung beschlossen wir, den Ähnlichenservice im Bundeszentralregister, der im Rahmen des Gesetzes

zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes eingeführt wurde, auf die Nachrichtendienste zu beschränken. Diese können demnach, falls die Registerbehörde einer Mitteilung oder einem Ersuchen keinem eindeutigen Datensatz zuordnen kann, bis zu 20 Datensätze zu Personen mit ähnlichen Personalien zur Identitätsfeststellung übermittelt bekommen.

Daten und Fakten

TTIP bringt Vorteile. Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bringt laut Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – basierend auf den Daten des ifo Instituts – viele Vorteile für Deutschland: So profitieren von der Vereinheitlichung aller Standards und Regulierungen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, für die 42% höhere Marktchancen prognostiziert werden. Schon heute hängen 60.000 deutsche Arbeitsplätze von US-Exporten ab. Selbst unter pessimistischen Annahmen sagt das ifo Institut hier einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in Deutschland und der EU voraus. Auch die europäischen Landwirte können nach Schätzungen 60% mehr Produkte in den USA absetzen, wenn die Zölle durch das Freihandelsabkommen auf null gesetzt und die weiteren Handelsbarrieren um 25% gesenkt werden. (Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info